

## **Stellungnahme DIE FAMILIENUNTERNEHMER zum DISKUSSIONSPAPIER „Green Paper Transformation Gas-/Wasserstoff-Verteilernetze“ DES BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ (BMWK)**

### Vorbemerkung

DIE FAMILIENUNTERNEHMER wurden leider vom BMWK nicht in der Frage der zukünftigen Rolle der Gasverteilernetze angefragt, wären aber gleichwohl sehr dankbar, wenn das BMWK ihre Anregungen und Kritikpunkte aufgreifen würde.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER würden sich darüber hinaus sehr darüber freuen, wenn Sie DIE FAMILIENUNTERNEHMER auf den entsprechenden Verteiler für die Konsultationen aufnehmen, nicht zuletzt weil viele Mitglieder des Verbandes eine auf gasförmigen Brennstoffen basierende Produktion haben und somit direkt von Plänen betreffender Infrastruktur betroffen sind.

Daneben erscheint die Frist der Konsultation im Hinblick auf die Komplexität der Materie, einer hier nicht kurzfristig notwendigen Umsetzung und auch der Osterfeiertage unnötig kurz.

### Allgemeines

DIE FAMILIENUNTERNEHMER begrüßen grundsätzlich, dass sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mit der zukünftigen Rolle der Gasverteilernetze beschäftigt. Dabei kann es allerdings aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER keinesfalls darum gehen, die zukünftige Rolle der Gasnetze politisch zu definieren oder gar diese hervorragend ausgebaute Infrastruktur durch Gesetzgebung stillzulegen oder gar zurückzubauen. Vielmehr kann es nur darum gehen, den entsprechenden rechtlichen Rahmen so zu gestalten, dass Gasnetze in den Bestrebungen hin zur Klimaneutralität unverändert einen wichtigen Baustein darstellen. Den Rechtsrahmen gilt es aus Sicht der DIE FAMILIENUNTERNEHMER entsprechend so anzupassen, dass den Gasverteilnetzbetreibern weiterhin eine Option gegeben wird, mit dieser Infrastruktur sowohl im Sinne der Dekarbonisierung als auch zur Versorgung des Wirtschaftsstandortes mit bezahlbarer und sicher verfügbarer Energie beizutragen.

Bestrebungen – gleich welcher Art - auf die Stilllegung der Gasnetze hinzuwirken, lehnen DIE FAMILIENUNTERNEHMER klar ab. Ein Rückbau ist von vornherein gänzlich auszuschließen, da die bereits verbauten Gasverteilernetze in jedem Falle auch zukünftig vielfältig nutzbar sein dürften und ein erzwungener Rückbau ausschließlich Kosten verursachen würden, denen kein Nutzen gegenübersteht.

### Konkret

Im Folgenden werden DIE FAMILIENUNTERNEHMER - abweichend von den zahlreichen und spezifischen Fragen des Green Papers - die wichtigsten Leitlinien aus Sicht der DIE FAMILIENUNTERNEHMER darstellen.

1. Das Diskussionspapier erscheint aus Sicht der DIE FAMILIENUNTERNEHMER sehr verfrüht. Über die zukünftige Rolle der Gasverteilnetze zu sprechen erscheint zeitlich und denklogisch erst dann sinnvoll, wenn die damit tagtäglich befassten wirtschaftlichen Akteure, die vom Gesetz geforderte kommunale Wärmeplanung abgeschlossen haben werden. Erst mit einem solchen umfassenden Datensatz lassen sich wirklich ökonomisch und ökologisch tragfähige Konzepte entwickeln. Und nur in diesem Zusammenspiel lässt sich eine Strategie entwickeln, die auch den verbrauchenden Familienunternehmen Planungs- und Investitionssicherheit gibt.
2. Das Diskussionspapier erscheint auch unter einem weiteren Gesichtspunkt absolut verfrüht. Ausgehend davon, dass aus Fehlern der Vergangenheit gelernt wurde und weiter wird, sollte keinesfalls eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur und Energieversorgung stillgelegt werden, solange keine Alternativen vorhanden sind. Diese Alternativen sind aber nicht erkennbar. So ist weder sicher, dass die Stromleitungen rechtzeitig und in entsprechenden Kapazitäten ausgebaut werden, das Wasserstoffkernnetz rechtzeitig und entsprechend den Plänen fertiggestellt wird, noch ist sicher, dass alternative Brennstoffe wie Wasserstoff in den entsprechenden Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen erhältlich sind. Bereits jetzt die Stilllegung der Gasnetze auch nur zu diskutieren, verbietet sich.
3. Ein Rückbau der Gasnetze verbietet sich in jedem Fall. Selbst wenn die Gasnetze nicht mehr für den Transport von Brennstoffen genutzt werden können, so erscheint doch die Nutzung für andere Güter (Wasser, Abwasser) oder alternative Infrastruktur (Kabel, Glasfaser) als durchaus möglich. Die Vernichtung der Infrastruktur wäre in jedem Falle ökonomisch unsinnig. Bestehende Rückbauverpflichtungen sollten – auch im Hinblick auf den enormen Investitionsbedarf der Gasverteilnetzbetreiber – soweit wie möglich abgeschafft werden.
4. Die Stilllegung der Gasverteilnetze unter dem Gesichtspunkt der Dekarbonisierung widerspricht aus Sicht der DIE FAMILIENUNTERNEHMER zudem empfindlich dem Prinzip der Technologieoffenheit, da damit beispielsweise aktiv die Option der Verwendung klimaneutraler gasförmiger Brennstoffe verhindert wird. Synthetische Gase oder Biogas würden so politisch aus dem Markt gedrängt, obwohl diese zukünftig ggf. durchaus eine gewichtige Rolle einnehmen können. Somit wäre die politisch erzwungene Stilllegung der Gasnetze eine weitere ideologisch motivierte Diskriminierung bestimmter – wohlgemerkt klimaneutraler – Brennstoffe im Sinne der Befürworter einer All-Electric-Society. Das BMWK wird aufgefordert, diesem Irrweg nicht wiederholt zu folgen.

5. Eine Gesetzgebung, die auf Bundesebene die Stilllegung von Gasnetzen – in welcher Form auch immer – auch nur anregt, lehnen DIE FAMILIENUNTERNEHMER grundlegend ab. Aufgrund des bald umfassenden sektorübergreifenden Emissionshandels gibt es dafür keine klimapolitische Rechtfertigung. Eine ökonomische Bewertung muss zwingend den Marktteilnehmern überlassen bleiben. Daher liegt aus Sicht der DIE FAMILIENUNTERNEHMER die Entscheidung über die Stilllegung von Gasnetzen allein in den Händen der Gasverteilnetzbetreiber und Energieversorger, dieses im Dialog mit ihren Kunden. Entsprechend sicherzustellen ist dabei eine entsprechende Kommunikation zwischen den Akteuren sowie die Sicherstellung von angemessenen Übergangszeiträumen. Sollten sich die Gasverteilnetzbetreiber/Energieversorger aus ökonomischen Gründen für die Stilllegung der Gasverteilnetze/die Einstellung der Gaslieferungen entscheiden, muss den Verbrauchern genügend Vorlauf gegeben werden, um die teils massiven Investitionen zur Kompensation der Gasversorgung zu bewerkstelligen. Allenfalls in einem solchen Fall scheint ein staatliches Eingreifen sinnvoll und zwar zum Zwecke eines verlängerten Erhalts der Gasinfrastruktur, um soziale Härten abzumindern.
6. DIE FAMILIENUNTERNEHMER erkennen an, dass es – auch unter dem Gesichtspunkt der entsprechenden EU-Gesetzgebung – notwendig ist, den rechtlichen Rahmen anzupassen. Um den marktwirtschaftlichen Prinzipien Geltung zu verschaffen – siehe Punkt 5 – sind entsprechend möglichst minimale Eingriffe notwendig. So z.B. ist der im Diskussionspapier genannte und im EnWG verankerte Anschlusszwang des Gasverteilnetzbetreibers reformbedürftig. DIE FAMILIENUNTERNEHMER unterstützen jede Bestrebung, die auf mehr Marktwirtschaft abzielt und einen marktwirtschaftlichen Aushandlungsprozess und einen entsprechenden Vertragsabschluss zwischen Gasverteilnetzbetreiber/Energieversorger und dem jeweiligen Kunden abzielt. Die entsprechenden Informationen über die zu erwartenden Kosten sind dem Verbraucher dabei zwingend zur Verfügung zu stellen. Ein Anschlusszwang sollte für den Gasverteilnetzbetreiber nicht mehr zwingend gegeben sein, wenn dies wirtschaftlich nicht mehr darstellbar ist. Eine Stilllegung muss mit entsprechend langen Übergangszeiträumen angekündigt werden.

## Fazit

DIE FAMILIENUNTERNEHMER begrüßen es, dass das BMWK sich mit der zukünftigen Rolle der Gasverteilnetzbetreiber auseinandersetzt. DIE FAMILIENUNTERNEHMER lehnen allerdings eine politisch gesteuerte und technologiefeindliche Stilllegung der Gasverteilnetze ab. Vielmehr braucht es eine Aufrechterhaltung der hervorragenden Infrastruktur der Gasnetze, mit ihren vielfältigen Möglichkeiten – auch und gerade im Hinblick auf die Dekarbonisierung. Eine klimapolitische Argumentation verbietet sich, da ab 2027 ein umfassender Emissionshandel greift und die Klimaschutzziele somit garantiert erreicht werden. Somit ist die ökonomische Bewertung maßgeblich, und diese muss auch zukünftig zwingend den Marktteilnehmern überlassen bleiben. Ferner ist die Diskussion aus Sicht der DIE FAMILIENUNTERNEHMER verfrüht, da weder die kommunale Wärmeplanung abgeschlossen ist – und somit die Datenbasis fehlt – als auch die Verfügbarkeit von Alternativen noch nicht absehbar sichergestellt ist.

Die Gasverteilnetze sind ein volkswirtschaftliches Asset, das nicht leichtfertig stillgelegt werden sollte, da es viele Optionen gibt, um sowohl die ökonomische Entwicklung als auch die Dekarbonisierung voranzutreiben. Die Diskussion um die Stilllegung der Gasnetze ist daher derzeit verfehlt bzw. geht komplett in die falsche Richtung.